

festzuhalten und sichtbar zu machen. Dabei wird deutlich, dass es Geschichten sind, die Geschichte nachvollziehbar werden lassen. Zugleich zeigt „Flucht und Vertreibung vor 70 Jahren“ einmal mehr, dass es DIE Erinnerung an die erzwungenen Migrationen um 1945 nicht gibt, sondern dass es sich lohnt, individuellen Schicksalen nachzugehen und die Geschehnisse von damals aus der Subjektperspektive zu beleuchten.

Dresden

Uta Bretschneider

TOBIAS HUFF, Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR (Umwelt und Gesellschaft, Bd. 13), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015. – 470 S., 9 Abb., 4 Ktn., 1 Tab., geb. (ISBN: 978-3-525-31717-4, Preis: 50,00 €).

Als eine der jüngsten Disziplinen der Geschichtswissenschaft erfreut sich die Umweltgeschichte in den letzten Jahren einer wachsenden Popularität. Ihre Wurzeln hat sie in den großen gesellschaftlichen Umweltfragen der 1970er- und 1980er-Jahre (vgl. J. RADKAU, *Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt*, München 2012, S. 11). Einer dieser Großdebatten widmete sich jüngst das DFG-Projekt „Und ewig sterben die Wälder. Das deutsche ‚Waldsterben‘ im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik“, in dessen Rahmen auch die hier zu besprechende Studie von Tobias Huff entstand. Während die sogenannte Waldsterbensdebatte gemeinhin mit den Diskussionen in der westdeutschen Öffentlichkeit verbunden ist, widmet sich Huff der Behandlung dieser Problematik in der DDR. Ausgangspunkt ist dabei eine generelle Kritik am bis heute gängigen Narrativ, das die „umweltpolitische Erfolgsgeschichte“ der BRD, in der eine gesellschaftliche „ökologische Sensibilisierung“ stattgefunden habe, in Kontrast zum „ökologische Versagen“ der DDR setzt. Diese Deutung, so die Hypothese, sei unter anderem entschieden geprägt durch die Projektion der westdeutschen Waldsterbensdebatte auf die Situation in der DDR (S. 8).

Diese Perspektive versucht Huff mit seiner Arbeit aufzubrechen und mittels des Themas „Waldschäden“ eine von westdeutschen Interpretationsmustern freie DDR-Umweltgeschichte zu verfassen. Dabei geht es ihm dezidiert nicht darum zu klären, welche Seite im Recht war. Vielmehr fragt er, wie es dazu kommen konnte, dass Umweltschäden und speziell Waldschäden in dem einen Staat eine große Bedeutung zukamen, während sie in dem anderen nur ein randständiges Problem zu sein schienen (S. 9). Hierfür nimmt er nicht nur die Funktionsweise des DDR-Umweltschutzapparates in den Blick, sondern auch Akteure aus Wissenschaft und Gesellschaft, welche die DDR-Umweltpolitik prägten. Dabei fragt er sowohl nach strukturellen Elementen wie Handlungsspielräumen und Argumenten der Durchsetzung und Verhinderung umweltpolitischer Maßnahmen als auch nach den Zusammenhängen von Ideologie und Realpolitik.

Seiner Zielstellung einer DDR-Umweltgeschichte folgend, bezieht Huff den gesamten Zeitraum der DDR-Geschichte in seine Betrachtung ein. Ein jedes der vier Hauptkapitel repräsentiert dabei ein Jahrzehnt ihres Bestehens. Diese Unterteilung orientiert sich nicht nur an der chronologischen Abfolge. Bedeutender sind die für die DDR-Umweltpolitik zentralen Zäsuren, wie der Bau der Mauer 1961, der Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971 oder die Spiegelserie, die 1981 in der BRD die Waldsterbensdebatte auslöste. In den Kapiteln selbst stehen wiederum für die Dekade prägende Akteure und Institutionen der Umweltdebatte im Mittelpunkt.

So wird in den ersten beiden Kapiteln, welche die 1950er- und 1960-Jahre umfassen, der Fokus zunächst auf die Wissenschaft gelegt. Namentlich sind dies der Landschafts-

architekt Reinhold Lingner, Erich Zieger, der ab 1953 die traditionsreiche Rauchschaadensforschung an der Tharandter Forsthochschule wieder aufnahm, sowie dessen Nachfolger Hans-Günther Däßler. Huff gelingt es schlüssig aufzuzeigen, wie in der Frühphase der DDR Umweltengagement durchaus anschlussfähig an die Politik der SED war. So erarbeitete Lingner seine „Landschaftsdiagnose“, die eine Harmonisierung von neuer sozialistischer Gesellschaft und Wirtschaft mit einer neuen „sozialistischen Landschaft“ propagierte, in enger Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee der SED (S. 37, 48). Gleichzeitig verweist Huff schon bei Lingner auf das Dilemma der DDR-Umweltdebatte, scheiterte sein Plan doch an den sozio-ökonomischen Realitäten des jungen Staates, der – insbesondere nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 – vor allem die Konsumwünsche seiner Bevölkerung befriedigen musste und die dafür notwendige Güterproduktion über umweltpolitische Aktivitäten stellte (S. 60 f.). Auch die Projekte der Tharandter Rauchschaadensforschung, wie die von Zieger entwickelte „Großraumdiagnose“, die Schaadensgebiete, Waldzustände sowie Rauchquellen auf dem Gebiet der DDR systematisch erfassen sollte, fanden anfänglich Unterstützung durch den Staat und waren international anerkannt (S. 87, 97 f.). Es war dabei insbesondere die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik durch Ulbrichts „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“, die den Tharandter Wissenschaftlern die Möglichkeit bot, auf politische Entscheidungsträger beratend einzuwirken. Eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für Umweltfragen konnte jedoch zu keinem Zeitpunkt erreicht werden.

Das dritte Kapitel rückt mit dem 1972 gegründeten „Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft“ und dessen Leiter Hans Reichelt das staatliche Handeln selbst in den Vordergrund. Huff konstatiert dabei zunächst den Bedeutungsverlust der Tharandter Waldschaadensexperten für die Umweltpolitik in Folge des Machtwechsels von Ulbricht auf Honecker. Zwar wurden Umweltschutzmaßnahmen vor dem Hintergrund der außenpolitischen Etablierung und Repräsentation sowie den Bemühungen um internationale Anerkennung funktionalisiert – so besaß die DDR sehr früh Umweltgesetze und war eines der ersten Länder mit eigenem Umweltministerium. Doch die „Goldenen Jahre“ des Umweltschutzes in der DDR, so konstatiert der Autor, waren vorbei (S. 182). Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ priorisierte die Konsumwünsche der Bevölkerung und somit die Industrie und Güterproduktion. Umweltprobleme wurden darüber hinaus – da sie nicht in das ideologische Bild einer funktionierenden Mensch-Natur-Harmonie passten – ignoriert, Wissenschaftler bei Veröffentlichung von Umweltdaten beschränkt und behindert. Das Umweltministerium selbst blieb eine „Propagandaveranstaltung“. Reichelt, so Huff, stand einem „zahnlosen Ministerium vor“ (S. 181). Daran konnten auch die vermehrt eingehenden Eingaben von Bürgern nichts ändern, die auf den immer schlechter werdenden Waldzustand – insbesondere in den Ferienregionen des Erzgebirges – aufmerksam machten.

Da die Wissenschaft nicht mehr durfte und die Politik nicht wollte oder konnte, trat ab ca. 1980 mit den Umweltgruppen ein neuer Akteur auf, der im vierten und letzten Kapitel vorgestellt wird. Anhand von Beispielen wie dem „Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg“ oder der 1986 eingerichteten „Umweltbibliothek“ in Berlin zeigt Huff, wie sich zunächst aus kirchlichen Kreisen heraus Umweltgruppen bildeten. Auch wenn diese ihre Wirkung nicht gesamtgesellschaftlich, sondern nur in begrenzten Kreisen entfalteten, so gewannen sie doch durch eigene Umweltsarbeit, Publikationen, Wissensvermittlung und -verfügbarmachung sowie Herstellung einer sich mit Umweltfragen beschäftigenden „gesellschaftskritischen Öffentlichkeit“ an Bedeutung (S. 335). In Auseinandersetzung mit den Repressionen der Staatsorgane politisierten sich diese Umweltgruppen zunehmend und nahmen eine klare Position gegen den

Staat ein. Diese frühen Oppositionsgruppen bildeten – unabhängig von der eigentlichen Beschäftigung mit Umweltfragen, wie Huff betont – einen Ausgangspunkt für die späteren Ereignisse der politischen Wende 1989/90.

Anhand des Beispiels immissionsbedingter Waldschäden gelingt es der Dissertationsschrift von Tobias Huff, das umwelthistorische Profil der DDR darzustellen und zu schärfen. Zentral ist hierbei sein Befund, dass es bis in die 1970er-Jahre hinein in beiden deutschen Staaten – in der DDR durch die Tharandter Rauchschaadensforschung sogar mit leichtem Vorsprung – ähnliche Ansätze und Diskussionen hinsichtlich des Problems der Waldschäden gab, die sich jedoch in der Folgezeit in unterschiedliche Richtungen entwickelten. Dies deutet der Autor weniger als in Zusammenhang mit dem repressiven Charakter der herrschenden SED stehend, sondern vielmehr als Grundproblem des „sozio-ökonomischen Designs“ der DDR, das ein „endogenes Desinteresse an ökologischen Fragestellungen bewirkte“ (S. 411). Umwelt und Umweltschäden waren in der von Industriearbeit und dem Zwang, die Konsumwünsche der Bevölkerung zu erfüllen, geprägten DDR lediglich Randthemen; den Akteuren der DDR-Umweltpolitik fehlten nicht nur die technischen und finanziellen Kapazitäten, sondern auch die gesellschaftliche Problematisierung. Trotz dieser Nichtthematisierung entwickelte sich gerade aus der Erkenntnis, dass die Umweltschäden durch das politische System bedingt seien, ein allgemeiner Neugestaltungswille, der den Boden für die Entwicklungen von 1989/90 bereitete (S. 413).

Huffs Studie weist dabei über das umwelthistorische Thema hinaus. Denn durch die immer wieder aufscheinenden sozial- und institutions- bzw. universitätsgeschichtlichen Züge der Arbeit erfährt der Leser Näheres über das Werden und Wirken verschiedener Institutionen in der DDR sowie über die Möglichkeit akademischer und gesellschaftlicher Akteure angesichts des systembedingten politischen Zwanges, Politik zu beeinflussen und kritische Themen zu problematisieren. Erwähnung sollte zudem finden, dass Huff sich bei seinen Ausführungen nicht nur auf die umfangreiche Analyse schriftlich-archivalischer Quellenbestände beschränkte, sondern darüber hinaus Gespräche mit noch lebenden Akteuren (wie Däßler oder Reichelt) führte (S. 434).

Alles in allem bietet Huff eine lesenswerte Studie, die auf der Grundlage eines akribischen Quellenstudiums einen Gesamtblick auf einen wichtigen Aspekt der DDR-Umweltgeschichte wirft und zur weiteren Forschung auf diesem Gebiet anregt.

Dresden

Henrik Schwanitz

Die beiden Lausitzen. Wirtschaft, Geschichte und Industriekultur in Brandenburg und Sachsen, hrsg. von BJÖRN BERGHAUSEN/DIRK SCHAAL (Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 9; Einzelveröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. XIV), LIT Verlag, Berlin 2015. – 192 S., brosch. (ISBN: 978-3-643-12929-1, Preis: 19,90 €).

Unter dem Titel „Die beiden Lausitzen. Wirtschaft, Geschichte und Industriekultur in Brandenburg und Sachsen“ erschien unlängst die Tagungspublikation der gleichnamigen, am 6. und 7. Oktober 2014 in der Stadt Cottbus abgehaltenen, Konferenz. Zu dieser hatten das Berlin-Brandenburgische Wirtschaftsarchiv und die Koordinierungsstelle Sächsische Industriekultur im Rahmen des vom Kulturland Brandenburg initiierten Themenjahres „Preussen – Sachsen – Brandenburg. Nachbarschaften im Wandel“ Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen – darunter Architekten, Archivare, Historiker, Kunsthistoriker, Museologen und Projektmanager – in die Niederlausitz eingeladen.